Der Gewerkverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 Mk.; bei freier Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pf. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsanz. 25 Pf., Familienanz. 15 Pf. Vereinsanz. 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/23. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 11. Berlin, Sonnabend, 6. Februar 1909. Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Gemütsmenschen. — Der allgemeine Bergarbeiterkongreß. — Allgemeine Rundschau. — Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908. — Gewerkvereins-Teil. — Verbands-Teil. — Anzeigen-Teil.

Gemütsmenschen.

Vor etwa acht Tagen fand in einem der vornehmsten Hotels der Reichshauptstadt eine Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller statt, zu der auch nicht nur Vertreter der Reichsregierung, sondern der einzelnen Bundesstaaten erschienen waren. Neben manchen anderen Dingen enthielt die Tagesordnung Referate über die Novelle zur Gewerbeordnung und die Vorlage betreffend die Arbeitskammern.

Der Zentralverband ist eine Organisation von Großindustriellen. Wenn diese Herren zu Fragen der Sozialpolitik Stellung nehmen, so kann man sich denken, daß sie diese Fragen ziemlich einseitig vom Unternehmerstandpunkt aus betrachten. Davon würde man nicht weiter Notiz nehmen. Aber die Art, wie gerade diese Versammlung sich zu den genannten sozialpolitischen Gesetzen geäußert hat, die verdient denn doch weiteren Kreisen einmal vor Augen geführt zu werden. Wer allerdings die Verhältnisse genauer kennt, der wird sich nicht weiter wundern über den Ton, der in jener „vornehmen" Versammlung herrschte. Ist doch die Seele des Zentralverbandes Deutscher Industrieller jener in der Arbeiterschaft unrühmlichst bekannte Dr. Bueck, der sich vor gerade einem Jahrzehnt so gewaltig für die Zuchthausvorlage ins Zeug legte und der Regierung sogar 12 000 Mk. zur Durchbringung der Zuchthausvorlage zur Verfügung stellte. Dieser Dr. Bueck war auch einer der Hauptmatadore in der fraglichen Versammlung.

Die Abänderung der Gewerbeordnung, wie sie durch die im Dezember des vergangenen Jahres verabschiedete Novelle beschlossen worden ist, hat es den Herren in erster Linie angetan. In einer Resolution wurde zunächst Verwahrung eingelegt „gegen die überstürzte Beschlußfassung des Reichstages". Die Verkürzung der zulässigen Arbeitszeit für weibliche Arbeiter wurde bemängelt und auf die Gefahr weiterer Einschränkung der Arbeitsdauer hingewiesen durch die Ausdehnung des Fortbildungsschulzwanges auf weibliche Arbeiter bis zu 18 Jahren. Die Fortbildungsschulpflicht für Arbeiterinnen müsse bis zum 16. Lebensjahre herabgesetzt und der Unterricht außerhalb der Arbeitszeit festgelegt werden. Das Referat, welches zur Begründung dieser Resolution gehalten wurde, entfesselte eine sehr lebhafte Debatte, in welcher der Geh. Kommerzienrat Vogel nach verschiedenen Zeitungsberichten u. a. folgendes ausführte:

Es gibt keine Industrie in der Welt, die opferwilliger ist, als die deutsche Industrie in den letzten 25 Jahren gewesen ist (stürmischer Beifall), und es gibt keine Regierung, die weniger Entgegenkommen gegenüber der Industrie zeigte als die deutsche. (Stürmischer Beifall.) Es gibt kein Parlament, das rücksichtsloser gegen Handel und Industrie verfährt, als das Parlament des Deutschen Reiches. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Wenn man bei jeder anderen Lumperei Enqueten anstellt und bei einer so tief einschneidenden Frage die beteiligten Kreise nicht einmal hört, so ist das eine Nichtachtung der Industrie ohnegleichen. (Lebhafter Beifall.) Ich weiß, daß man mit unserem Reichstage nichts machen kann (Heiterkeit); deshalb aber müssen wir uns klar sein, daß wir uns noch energischer zusammenzuschließen haben. Auch die wenigen Industriellen, die im Reichstag sitzen, sind ja nicht einmal einig. Wir müssen durch Annahme dieser Resolution und auch bei den anderen Punkten der Oeffentlichkeit zeigen, daß die deutsche Industrie einig und geschlossen ist. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Auch die folgenden Redner äußerten sich in ähnlichem Sinne. Natürlich mußte auch Herr Dr. Bueck seinen Senf dazu geben. Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wir müssen die Regierungen der Einzelländer veranlassen, mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse der Industrie zu nehmen und Front zu machen gegen ein rücksichtsloses Vorgehen des Reichsparlaments."

Selbstverständlich erfolgte die Annahme der Resolution einstimmig.

Das Referat über den Arbeitskammergesetzentwurf hatte Dr. Bueck in eigener Person übernommen. Nicht ein gutes Haar ließ dieser Scharfmacherführer an der Vorlage. Durch das Proportionalwahlsystem bestehe die Gefahr, daß ein großer Prozentsatz sozialdemokratischer Vertreter gewählt und die Arbeitgeber überstimmt werden. Die Wahl werde ein hauptsächliches Propagandamittel der Sozialdemokratie bilden, um ihre Truppen einexerzieren zu können. Ganz besonders scharf wandte sich der Redner gegen die von verschiedenen Seiten aufgestellte Forderung, daß auch Organisationsbeamte in die Arbeitskammern als Beisitzer gewählt werden dürfen. Es werde damit diesen Leuten nur eine willkommene Gelegenheit geboten, vor aller Oeffentlichkeit ihre Hetz- und Brandreden anzubringen. Die Führer der Arbeiter zeigten, daß ihnen jedes Verständnis für die wirtschaftlichen Verhältnisse fehle. Nur bei einer Verhetzung haben sie Aussicht, ihre — fast möchte ich sagen — verbrecherischen Ziele zu erreichen. (Stürmischer Beifall.) In seinen weiteren Ausführungen polemisierte der Redner in scharfer Weise gegen die Regierung und gegen den Reichstag und legte schließlich im Auftrage des Direktoriums des Zentralverbandes eine Resolution vor, in welcher der Arbeitskammergesetzentwurf in schärfster Form abgelehnt wird.

Herrn Dr. Bueck würdig zur Seite trat der Syndikus der Osnabrücker Handelskammer Stumpf, der bereits auf dem Deutschen Handelstage seiner Abneigung gegen die Arbeitskammern beredten Ausdruck verliehen hatte. Was man im Reichstage für die Verteidigung der Vorlage vorgebracht hätte, so meinte dieser Herr, sei ebenso unverständlich wie unglaublich. Im Reichstage könne man ja eine Behauptung aufstellen, ohne sie zu beweisen, da alles durch die Immunität gedeckt sei.

Selbstverständlich wurde auch Dr. Buecks Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen.

Gegen eine solche Beweisführung läßt sich natürlich nicht ankämpfen. Es wäre schade um die Zeit und um das Papier, das man auf eine Widerlegung der Herren verwenden würde. Einer Belehrung sind sie ja doch nicht zugänglich. Das Originelle an der ganzen Geschichte ist, daß diese Leute sich in der Oeffentlichkeit noch immer stets als die von der Regierung Vernachlässigten hinstellen. Wenn man die beweglichen Klagen anhört, so möchte man glauben, daß die Regierung alle ihre Maßnahmen nur trifft von dem Gesichtspunkte aus, die Großindustrie bezw. die Unternehmer zu schädigen. Offenbar bezweckt man damit, die Oeffentlichkeit irrezuführen und den falschen Anschein zu erwecken, als wenn wirklich seitens der Gesetzgebung für die Arbeiterschaft schon viel zu viel geschehen wäre. Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß, wenn man die von Arbeiterfreundlichkeit triefenden Reden im Reichstage als Maßstab annimmt, dann Herr Dr. Bueck und seine Gesinnungsgenossen vielleicht recht haben. Faßt man aber die tatsächlichen Erfolge ins Auge, so ist das Ergebnis der letzten Jahre auf sozialpolitischem Gebiete doch ein recht kärgliches gewesen. Im übrigen ist das Wort des Staatssekretärs Dr. v. Bötticher, der im Reichstage den Großindustriellen entgegenrief: „Meine Herren, wir arbeiten ja überhaupt nur für Sie", immer noch in frischer Erinnerung. Man braucht auch nur an die Rede des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg über die schwarzen Listen zu denken, um zu der Ueberzeugung zu gelangen, daß auf die Interessen der Unternehmer wahrlich mehr Rücksicht genommen wird, als nötig und wünschenswert ist. Es gibt aber Leute, die nie genug kriegen, und dazu gehören offenbar auch die Herren vom Zentralverbande Deutscher Industrieller.

Der allgemeine Bergarbeiterkongreß

ist am Mittwoch mittag nach dreitägiger Dauer geschlossen worden. Eine überwältigende Fülle von Material für die vom Kongreß vertretenen Forderungen wurde beigebracht. Gleichzeitig aber gaben die Verhandlungen ein anschauliches und gleichzeitig Entsetzen erregendes Bild von dem Elend im wahrsten Sinne des Wortes, unter dem die Bergleute jahraus, jahrein ihr Dasein dahinbringen. Die Regierungen hätten sicherlich nur Vorteil davon haben können, wenn sie den Beratungen beigewohnt hätten. Viele Dinge, von denen die Herren am grünen Tische keine Ahnung haben, hätten sie hier aus dem Munde praktischer Bergleute erfahren können. Nun, wenn auch die Regierungen es nicht für nötig erachtet haben, sich an dem Kongreß zu beteiligen, die Oeffentlichkeit ist jedenfalls aufgerüttelt worden, und die Bewegung für die auf dem Kongreß vertretenen Forderungen wird so leicht nicht wieder ins Stocken geraten.

Der Raum gestattet es uns nicht, im einzelnen auf die Verhandlungen einzugehen. Das wird Aufgabe der Fachzeitungen sein. Wir müssen uns damit begnügen, die Resolutionen wiederzugeben, die im Anschluß an die drei großen Referate vorgeschlagen und sämtlich einstimmig angenommen worden sind. Für die Einführung von Grubenkontrolleuren, welche von den Bergarbeitern aus ihrer Mitte gewählt und vom Staate bezahlt werden, spricht sich folgende vom Referenten Pokorny eingebrachte Resolution aus:

„Die preußisch-deutsche Berggesetzgebung hat bisher einen Gang genommen, der nicht dazu führen konnte, die Zustände im Bergbau zu bessern, vornehmlich war auch die mangelhafte Bergaufsicht mit Schuld daran, daß die Zustände im Bergbau sich immer trostloser gestaltet haben. Wer die Unfallzahlen im Bergbau näher betrachtet, kommt zum Ergebnis, daß kaum eine Einrichtung in sozialwirtschaftlicher und sozialpolitischer Hinsicht so mangelhaft ist, wie das bisherige Bergaufsichtssystem in Preußen-Deutschland. Den Hauptgrund dafür sehen die Bergarbeiter darin, daß sie als die Mitbeteiligten im Bergbau von der Mitbestimmung über die Werks- und Arbeitsverhältnisse sozusagen ausgeschlossen sind, daß den Bergarbeitern kein Recht eingeräumt ist, ihr Leben und ihre Gesundheit so zu wahren, wie man es verlangen kann und muß.

Der Bergbau in Deutschland hat die höchsten Unfallziffern von allen Gewerbegruppen aufzuweisen. Von den im Jahre 1907 zur Meldung gelangten 662 901 Unfällen in der deutschen Industrie entfallen auf den deutschen Bergbau allein 92 455 Unfälle, gleich 14 Prozent der gesamten Unfälle. Während die in den Knappschaftsberufsgenossenschaften versicherten Personen, also die Bergleute, nur rund 1/27 der in den gesamten Berufsgenossenschaften versicherten Personen ausmachen, entfallen auf sie aber rund 1/7 der gesamten gemeldeten Unfälle in den Berufsgenossenschaften. Die Zahl der

Unfälle, für die im Jahre 1907 zum ersten Male Entschädigung gezahlt wurde, belief sich in den deutschen Berufsgenossenschaften auf 144 708, darunter 9815 mit tödlichem Ausgang und 1356 Unfälle, die mutmaßlich dauernde und völlige Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatten; innerhalb der Knappschaftsberufsgenossenschaft verunglückten entschädigungspflichtig im Jahre 1907 allein 11 360 Personen, darunter tödlich 1743. Nahezu der sechste Teil aller Getöteten entfällt auf den Bergbau allein. Nach den vorläufigen Feststellungen der Knappschaftsberufsgenossenschaften für das Jahr 1908 sind im deutschen Bergbau für dieses Jahr insgesamt 103 582 Unfälle, darunter 1869 Tote. Diese Ziffern sind erschreckend.

Seit vielen Jahren fordern die deutschen Bergarbeiter Zuziehung von Arbeitern zur Kontrolle der Gruben. Die heutige Bergaufsicht ist nicht nur unzulänglich, sondern sie wird, wie an Hunderten von Beispielen nachgewiesen werden kann, von den Grubenbesitzern bezw. ihren Verwaltungen auch noch hintergangen. Andererseits wieder ist genügend Mißtrauen entstanden durch die oft offenkundige Parteinahme mancher Aufsichtsbeamten für die Bergwerksbesitzer. Bestärkt sind die Bergarbeiter in ihrem Verlangen, Arbeiter zur Mitkontrolle der Gruben heranzuziehen, weiter durch die Feststellungen über Ursache und Wirkungen der Massenkatastrophen im Bergbau, wie: Karolinenglück, Borussia, Reeden, Radbod usw. Die Katastrophen haben ohne weiteres die Notwendigkeit einer Arbeiterkontrolle im Bergbau zutage treten lassen.

Der Kongreß stellt sich auf den Standpunkt, daß diese Kontrolle aber auch nur dann eine wirksame sein kann, wenn sie eine einheitliche reichsgesetzliche Regelung erfährt, worin die volle Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Arbeiterkontrolleure gesichert ist. Die Arbeiterkontrolleure sollen ferner die Grube unter fortgesetzter Aufsicht halten. Um die Unabhängigkeit, die Selbständigkeit und die ständige Aufsicht zu ermöglichen, ist es nötig, daß die Arbeiterkontrolleure nicht im Arbeitsverhältnis zu den Zechen stehen und daß sie von den Arbeitern in direkter und geheimer Wahl — möglichst Kuvertwahl — gewählt werden; ferner, daß sie allein und jederzeit eine Befahrung der Grube vornehmen können. Auf je 2000 Mann der Belegschaft muß ein Arbeiterkontrolleur entfallen, der vom Staate besoldet wird. Wahlberechtigt soll jeder großjährige Arbeiter, wählbar jeder sein, der fünf Jahre Hauer und ein Jahr auf dem Werke tätig war, oder wo kleine Gruben in Frage kommen, im Bereich des Inspektionsbezirks auf Gruben beschäftigt war. Beschwerden und Mitteilungen der Arbeiterkontrolleure, soweit es sich um Mißstände auf den Zechen handelt, müssen von der Bergbehörde jederzeit berücksichtigt werden. Wenn sich die Reform unserer Berggesetzgebung bezüglich der Bergaufsicht in dieser Richtung bewegt, dann ist ein Schritt getan worden, der zur Sicherheit der Arbeiter in den Gruben viel beitragen wird.

Der Kongreß ist darum der Meinung, Vorschläge, wie sie zum Beispiel der preußische Bergwerksminister anläßlich der Radboddebatten im preußischen Landtage gemacht hat, abzulehnen. Er, der Kongreß, fordert die gesetzgebenden Körperschaften auf, Vorlagen, wie sie der preußische Bergwerksminister angedeutet hat, gleichfalls abzulehnen und nur solche Gesetzesvorlagen zu unterstützen, die den oben angeführten und langjährigen Wünschen der Bergarbeiter entsprechen."

Die Resolution unseres Kollegen Schmidt-Oberhausen zur Forderung eines Reichsberggesetzes hat folgenden Wortlaut:

„Die Entwicklung der deutschen Bergwerksverhältnisse drängt zu einer einheitlichen Regelung derselben. Eine ganze Anzahl Einrichtungen im Bergwerks- und Knappschaftswesen der einzelnen deutschen Bundesstaaten sind von Reichsgesetzen abhängig gemacht worden und werden von diesen beeinflußt. Was aber fehlt, ist das Bild der Einheit, das unserer Berggesetzgebung um so mehr anhaften sollte, als es sich um tief einschneidende Lebensfragen eines Teiles der deutschen Bevölkerung, der Bergarbeiter, handelt. Die Unfallhäufigkeit im deutschen Bergbau, die hohen Krankenziffern, die allzu frühe Invalidität der Bergarbeiter, ihre vielfach noch schlimme Behandlung durch die Grubenbesitzer, wie die noch äußerst mangelhaften Knappschaftseinrichtungen für die allzu früh aufgebrauchten Bergarbeiter und deren Familien zeigen uns, daß in der Bergwerks- und Bergarbeiterschutzgesetzgebung noch manches zu tun ist, ehe wir zu gesunden Verhältnissen im deutschen Bergbau kommen. Nicht nur die deutschen Bergarbeiter empfinden lebhaft die Notwendigkeit einer gründlichen Reform der Berggesetzgebung, sondern es verlangen gleichzeitig weitere andere Bevölkerungsschichten diese Reform und wie die Verhandlungen in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten und im Reichstag gezeigt haben, auch weite Kreise der parlamentarischen Vertretung der deutschen Bevölkerung. Im deutschen Reichstag hat ein Reichsberggesetz schon längst eine Mehrheit für sich gefunden und lange schon hätten wir ein solches, wenn nicht die Bundesstaatsregierungen diesem widerstrebten.

Der Kongreß ist der Meinung, daß einer reichsgesetzliche Regelung, besonders der Arbeits- und Arbeiterschutzverhältnisse im Bergbau, keine große Schwierigkeiten im Wege stehen und darum erhebt er von neuem die Forderung einer schleunigen reichsgesetzlichen Reform der Berggesetzgebung. Der Kongreß macht die alten Forderungen der Bergarbeiter zu einem Reichsberggesetz, soweit sie noch der Erfüllung harren, auch zu den seinigen und verlangt vor allen Dingen eine reichsgesetzliche Reform in der Richtung des Bergarbeiterschutzes, der Regelung des Strafwesens, der Verkürzung der Arbeitszeit und der einheitlichen Reform des Knappschaftswesens hin.

Sollten die Bundesregierungen dennoch die Oberhoheit über den Bergbau nicht abgeben wollen, so erklärt sich der Kongreß mit dem zurzeit noch im Reichstage vorliegenden Anträgen einverstanden, die darauf hinausgehen, den Arbeiterschutz aus dem Bergrecht herauszulösen und diesen allein reichsgesetzlich zu ordnen, und zwar:

a) durch völlige Ausdehnung der Reichsgewerbeordnung auf den Bergbau und entsprechende Ergänzung desselben,

b) durch einheitliche Regelung des Knappschaftswesens,

c) durch reichsgesetzliche Regelung der Bergpolizei."

Für das Verbot und die Bestrafung der schwarzen Listensysteme und der dauernden Sperren spricht sich die dritte von Sosinski eingebrachte Resolution aus:

„Die Vorgänge in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die Bergwerksbesitzer fast in allen deutschen Bergwerksrevieren Organisationen gebildet haben mit dem ausgesprochenen Zweck, ihnen mißliebige Arbeiter auf kürzere oder längere Zeit von der Arbeit auf den Gruben auszusperren bezw. brotlos zu machen. Diese Organisationen der Werksbesitzer üben ihre Tätigkeit nicht öffentlich aus, sondern unter größter Geheimhaltung ihrer Pläne und Handlungen. Jedenfalls sind die Grubenbesitzer selbst der Ueberzeugung, daß ihre Aussperrungstaktik mißliebigen Arbeitern gegenüber nicht nur der allgemeinen Volksmoral, sondern auch den bestehenden Gesetzen widerspricht, vornehmlich dem Geist des § 152 der Gewerbeordnung, den §§ 826 und 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches, wie dem der üblen Nachrede (§ 186), dem Nötigungsparagraphen des deutschen Strafgesetzbuches und schließlich dem Freizügigkeitsgesetz.

Diese geheimen Grubenbesitzerorganisationen gehen aber nicht nur gegen kontraktbrüchige Arbeiter mit Aussperrungen vor, sondern sie sperren auch Arbeiter aus, die sich weder eines Kontraktbruches noch sonst einer gesetzwidrigen Handlung oder Vergehen gegen die Arbeitsordnung zuschulden haben kommen lassen. Viele Beispiele zeigen, wie die Geheimbünde der Grubenbesitzer auch solche Arbeiter aussperren, die nichts weiter verbrochen haben, als ihr Koalitionsrecht oder sonstige gesetzliche Rechte zu wahren. Ist es nun schon hart und gesetzwidrig, kontraktbrüchige Arbeiter auf Monate hinaus außer Brot und Arbeit zu bringen, wieviel schlimmer, wenn durch die Aussperrung Arbeiter betroffen werden, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen, was eine Aussperrung berechtigte.

Der Kongreß protestiert gegen ein solches Vorgehen der Grubenbesitzer, und da bisher die Staatsanwälte auf Grund der heutigen Gesetze es nicht für nötig hielten, gegen die gesetzwidrigen Handlungen der Grubenbesitzer einzuschreiten, so ersucht der Kongreß die Reichsregierung umso mehr den bestehenden Gesetzen Achtung zu verschaffen. Vor allen Dingen aber soll die Reichsregierung daran gehen, die bestehenden in Frage kommenden Gesetze so auszubauen, daß der Aussperrungstaktik der Grubenbesitzer, wie sie sogar in wirtschaftlichen Friedenszeiten beliebt wird, ein Ende bereitet wird. Wer Arbeiter in solcher Weise aussperrt, wie es bisher geschehen ist, muß unter Strafe gestellt werden, wie auch ausgesprochen werden muß, daß den Arbeitern volle und wirkliche Freizügigkeit und Ausübung ihrer gesetzlichen Rechte und Pflichten zu gewähren ist."

Wir halten es für ausgeschlossen, daß die Regierungen sich auf die Dauer diesen berechtigten Forderungen gegenüber ablehnend verhalten können. Ja, wir sind überzeugt, daß die machtvolle Kundgebung, die dieser Kongreß bedeutet, seinen Eindruck nicht verfehlen, sondern die Erfüllung jener Forderungen ein gutes Stück näher bringen wird.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 5. Februar 1909.

Einige Beschwerden über die Nichtveröffentlichung von Tätigkeitsberichten für das Jahr 1908 veranlassen uns, einige Bemerkungen zu machen. Die Tätigkeitsberichte laufen naturgemäß so zahlreich ein, daß sie nicht alle sofort zur Veröffentlichung im „Gewerkverein" gelangen können. Dazu reicht der Raum nicht aus. Sie werden aber in der Reihenfolge, wie sie eingehen, in die Druckerei gesandt und, soweit es die technischen Verhältnisse gestatten, auch gedruckt. Daß darüber bisweilen 14 Tage vergehen, ist bedauerlich, läßt sich aber nicht vermeiden. Wir bitten also die Ortsverbandsschriftführer, Geduld zu haben, wenn die Veröffentlichung ihres Berichtes sich etwas verzögert. An der Redaktion liegt die Schuld nicht.

Von einem Ministerialerlaß über die Handhabung des Vereinsgesetzes machen zurzeit zahlreiche Tagesblätter viel Aufhebens. In diesem Erlaß wird ausgeführt, daß ein behördliches Einschreiten bei Versammlungen niemals in kleinlicher Weise erfolgen soll, sondern nur dann eintreten dürfe, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich notwendig sei. Weiter erinnert der Minister an die Beschwerden darüber, daß z. B. Personen wegen ihrer Zugehörigkeit zu den Vereinen bestimmter politischer Parteien von den Behörden in ihrem Erwerbsleben geschädigt, daß Gastwirte wegen der Hergabe von Sälen an solche durch Entziehung gewerblicher Vorteile bestraft werden usw. In einem derartigen Vorgehen sei ein Mißbrauch der Amtsgewalt zu erblicken, wenn ein Beamter lediglich aus der Tatsache, daß Personen an Versammlungen teilgenommen oder Raum dazu hergegeben haben, den Grund entnimmt, gewerbliche Konzessionen, die Ausdehnung der Polizeistunde, die Erlaubnis der Abhaltung von Lustbarkeiten usw. zu beschränken oder zu entziehen. Beschwerden dieser Art will der Minister für die Zukunft vermieden wissen. Auch über die Zeitungen, in denen der Anzeigepflicht nicht unterliegende Versammlungen bekannt gemacht werden müssen, läßt sich die Verfügung des Ministers näher aus. Das Bemerkenswerteste darüber ist die Bestimmung, daß nicht die politische Richtung einer Zeitung maßgebend sein solle, vielmehr erscheine die Bestimmung von Zeitungen verschiedener politischer Richtungen schon aus dem Grunde zweckmäßig, weil amtliche Blätter zur Aufnahme von Bekanntmachungen politischer Vereine nicht verpflichtet und geneigt seien.

Was ist diese Verfügung nichts Neues. Sie datiert bereits aus dem Mai v. Js. Irgend ein findiger Reporter hat sie ausgegraben, und zahlreiche Zeitungen sind darauf reingefallen und haben die Verfügung als die Wirkung der Reichstagsverhandlungen über die Handhabung des Vereinsrechts hingestellt. Das ist, wie gesagt, nicht der Fall. Im übrigen konnte dieser Irrtum sehr leicht entstehen, da die preußischen Behörden bisher nur sehr wenig den Vorschriften dieser ministeriellen Verfügung entsprechend gehandelt haben.

* *

Ueber die Reform der Arbeiterversicherung und den Stand der dazu erforderlichen Vorarbeiten teilen die „Berl. Pol. Nachr." folgendes mit:

Es wird nicht bloß außerordentlich umfangreich sein, sondern sich auch auf sämtliche bestehende Arbeiterversicherungszweige beziehen. Am einschneidendsten und mannigfaltigsten aber dürften wohl die Aenderungen sein, die in der Krankenversicherung geplant sind. Hier handelt es sich nicht bloß, wie bei den beiden anderen Zweigen der bestehenden Arbeiterversicherung in der Hauptsache um die Vereinheitlichung des Versicherungsrechts, es stehen auch materielle Aenderungen in Frage. Namentlich ist eine Erweiterung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen in Aussicht genommen. Der Kreis der versicherungspflichtigen Personen ist in den drei bestehenden Versicherungsarten sehr verschieden. Am weitesten ist er bei der Unfallversicherung, weil eine größere Zahl von Betriebsunternehmern, namentlich aus der Landwirtschaft, zu den Versicherten zählt. Nach der letzten amtlichen Nachweisung waren bei der Unfallversicherung über 20 Millionen Personen versichert. Weit geringer sind die Zahlen bei der Invaliden- und bei der Krankenversicherung. Werden die neuen Pläne für die letztere durchgeführt, so wird sich die Zahl der versicherten Kranken bedeutend erhöhen und die Wohltaten dieses Versicherungszweiges werden auch auf andere weitere Kreise ausgedehnt werden.

Es läßt sich ferner annehmen, daß in dem in Rede stehenden Gesetzentwurf auch einige Fragen, die das materielle Recht in der Unfallversicherung betreffen und in der Zeit seit dem Erlaß der letzten Unfallversicherungsnovelle reif geworden sind, ihre Erledigung finden werden. Schließlich wird die neue Vorlage die Einführung der Witwen- und Waisenversicherung in Vorschlag bringen. Schon das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 enthält ja eine auf den Erlaß des Witwen- und Waisenversicherungsgesetzes bis zum 1. Januar 1910 abzielende Bestimmung. Dieser Bestimmung wird durch die Vorlage, die noch in der laufenden Reichstagstagung seitens der verbündeten Regierungen eingebracht werden wird, Rechnung getragen werden. Es dürfte sich auch die Hoffnung, daß die Vorlage noch während des laufenden Jahres im Reichstage wird erledigt werden können, nicht ganz von der Hand weisen lassen. Sollte dazu beim Ausgang des jetzigen Tagungsabschlusses einigermaßen sichere Aussicht sein, so würde es sich nur darum zu handeln haben, daß der Reichstag im Herbst möglichst frühzeitig mit der ganz besonderen Aufgabe der Erledigung des großen Arbeiterversicherungswerkes einberufen wird. Ist aber nicht daran zu denken, daß das laufende Jahr zur Erledigung ausreichen wird, dann bleibt immer noch der Ausweg, daß durch Gesetz eine Aenderung an der betreffenden Bestimmung des Zolltarifgesetzes von 1902 vorgenommen wird. Dazu eine Uebereinstimmung von Bundesrat und Reichstag herbeizuführen, dürfte wohl nicht allzu schwer fallen.

Wir glauben nicht daran, daß die Witwen- und Waisenversorgung schon am 1. Januar kommenden Jahres in Kraft treten kann, wie es das Zolltarifgesetz verlangt. Da müssen wir aber unserm Erstaunen Ausdruck geben über die Art, wie man aus der Verlegenheit herauskommen will. Man ändert einfach das Gesetz — fertig ist die Laube. Ein merkwürdiges Verfahren! Da hätte man doch rechtzeitig mit den Vorarbeiten beginnen sollen. Wenn es sich um eine

Militär- oder Flottenvorlage gehandelt hätte, wäre so etwas nicht passiert.

* * *

Arbeiterbewegung. In Colmar i. E. haben die Holzarbeiter den seit 1906 laufenden Tarifvertrag gekündigt. — In den Berliner Lapidon-Werken sind am Montag die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand getreten. Unglaubliche Zustände im Betriebe haben schließlich dazu geführt, daß die Arbeiter um Abstellung ersuchten. Die Antwort war, daß diejenigen, welche die Beseitigung der Mißstände angeregt hatten, auf die Straße flogen. Infolgedessen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niedergelegt. — In der Hamburger Holzindustrie sind Differenzen ausgebrochen, die darauf zurückzuführen sind, daß die Unternehmer sich gegen den im letzten Tarifvertrag vorgesehenen paritätischen Arbeitsnachweis ablehnend verhalten. — Wegen Tarifstreitigkeiten und Entlassung der mit den Einigungsverhandlungen betrauten Kommission haben in Zwickau sämtliche Mitglieder der Stadtkapelle ihre Kündigung eingereicht.

In der Provinz Parma beabsichtigen die Arbeiter von neuem wegen der Erhöhung der Brotpreise in den Generalstreik einzutreten. Hoffentlich besinnen sich die Betörten noch in letzter Stunde eines Besseren.

* * *

Ein Fortschritt in der Gewerbeaufsicht ist in Bayern zu verzeichnen. Wie wir dem „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker" entnehmen, ist daselbst mit dem Beginn des Jahres 1909 ein Landesgewerbearzt angestellt worden, und zwar als hygienischer Berater der Gewerbeaufsichtsbeamten und der Berginspektoren. Er hat die selbständige Befugnis, Betriebsbesichtigungen in gesundheitsgefährlichen Gewerbezweigen, einschließlich der Hausindustrie, vorzunehmen. Ferner unterliegen ihm die Untersuchungen gewerblicher Erkrankungen, namentlich Vergiftungen, und Begutachtung von Maßnahmen zur Verhütung solcher Erscheinungen.

Die Arbeiterschaft Bayerns wird die Anstellung des Arztes in der Gewerbeinspektion sicherlich freudig begrüßen. Selbstverständlich darf man nicht erwarten, daß nun durch die Heranziehung eines Arztes die Gewerbeaufsicht dem Ideal entspricht, das sich die Arbeiter davon gebildet haben. Mit der Anstellung dieses Arztes ist es natürlich nicht getan; man muß diesem ersten Schritt weitere folgen lassen und systematisch in jedem einzelnen Aufsichtsbezirk Aerzte zur Fabrikinspektion heranziehen. Vielleicht entschließt sich Bayern auch dazu, Frauen in stärkerem Maße sowie Arbeiter an der Gewerbeaufsicht zu beteiligen. Mit den Baukontrolleuren aus Arbeiterkreisen hat man dort gute Erfahrungen gemacht; weshalb sollte ein Versuch in der Industrie weniger gute Erfahrungen zeitigen? Bayern würde sich ein Verdienst erwerben, wenn es auf dem Gebiete der Gewerbeinspektion weiter vorbildlich voranginge. Schließlich müßten dann auch die anderen Bundesstaaten, selbst Preußen, ihm auf dem Wege des Fortschritts folgen.

* * *

Ein Beispiel ländlicher Sozialpolitik wird dem „Berl. Tagebl." aus Sachsen-Weimar mitgeteilt. In einem kleinen ländlichen Orte des Verwaltungsbezirks Weimar war ein Knecht nahezu zwei Jahre bei einem Gutsbesitzer zu dessen und seiner eigenen Zufriedenheit bedienstet, als eines schönen Tages der Gemeindevorsteher des Ortes zu dem Gutsbesitzer kam und ihn aufforderte, den Knecht noch vor Ablauf des zweiten Dienstjahres entweder ganz oder wenigstens auf einige Zeit zu entlassen, damit dieser des Anspruchs auf den örtlichen Unterstützungswohnsitz verlustig gehe und nicht etwa der Gemeinde bei eventuell eintretender Arbeitsunfähigkeit zur Last falle. Tatsächlich folgte der Gutsbesitzer dem Ansinnen des Ortsschulzen und entließ den Mann vor Ablauf der Frist, das heißt er wurde abgeschoben. Der Entlassene wandte sich nach Jena, und hier traf ihn das Unglück, krank zu werden, so daß die Gemeinde Jena für ihn sorgen mußte. Nun klagte die Gemeinde Jena beziehungsweise deren Armenverband gegen die Dorfgemeinde auf Wiedererstattung der Aufwendungen beim Bezirksausschuß in Weimar. Der Bezirksausschuß fand merkwürdigerweise in dem Verfahren des Bürgermeisters keineswegs etwas Anstößiges, Ungesetzliches und den guten Sitten Hohn Sprechendes, ja der Bezirksdirektor erklärte sogar, ein derartiges Verfahren sei nicht strafbar, da es das Wohl der Gemeinde bezwecke und öfter angewandt werde.

Angesichts eines derartigen Falles, so meint das „Berl. Tagebl." mit Recht, braucht man allerdings nicht mehr zu untersuchen, wo die Gründe für die Landflucht der Arbeiter und für die Sehnsucht nach städtischen Verhältnissen liegen. Auch wenn dann die Arbeiter gegen die Gesetze und ihre Handhabung mißtrauisch werden, ist es kein Wunder.

* * *

Der Verein für Volksunterhaltungen veranstaltet am 12. Februar, abends 8 Uhr, in der Ausstellungshalle des Zoologischen Gartens ein Konzert zur Erinnerung an den 100. Geburtstag Felix Mendelssohn-Bartholdys, unter gütiger Mitwirkung des Philharmonischen Chors (unter Leitung von Herrn Professor Siegfried Ochs), des Philharmonischen Orchesters und namhafter Solisten. Zur Aufführung gelangt u. a. Mendelssohns „Erste Walpurgisnacht". Eintrittskarten à 60 Pfg sind in den bekannten Verkaufsstellen des Vereins zu haben.

Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1908.

Ortsverband Freiburg in Schlesien.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 3 Verbandsversammlungen, 4 Vertreter- und 4 Ausschußsitzungen erledigt. 3 Vorträge wurden von auswärtigen Kollegen gehalten. Dem Verbande gehörten am 1. Januar 1908 8 Vereine mit 117 Mitgliedern an. Wieder beigetreten ist der Ortsverein der Töpfer, neu beigetreten der im Jahre 1908 neugegründete Ortsverein der Textilarbeiter. Der Ortsverein der Kaufleute steht dagegen dem Verbande noch fern. Wir hegen jedoch die begründete Hoffnung, daß derselbe ebenfalls noch beitreten wird. Es bestand also der Verband am Ende des abgelaufenen Jahres aus 5 Vereinen. Der Besuch der Verbandsversammlungen war im allgemeinen zahlreich, was man von den Vereinsversammlungen gerade nicht behaupten darf. Von öffentlichen Wahlen, an denen wir uns beteiligten, ist die Gemeindevertreterwahl in Polsnitz zu erwähnen. Von den Gewerkvereinen waren 2 Kandidaten aufgestellt. Konnten dieselben auch nicht durchdringen, so war der Anfang doch ein guter. Betreffs Schöffen und Geschworenen herrscht hier kein rechter Zug. Jeder scheint sich vor diesem Amt zu fürchten. Viele glauben, sie müßten dazu erst lange studieren. Die Preßkommission ist geschwind wieder zur Ruhe gegangen. Der Diskutierklub ist zwar auch schon oft angeregt worden, aber — er scheint auch noch in weiter Ferne zu liegen. Hoffen wir das beste, daß die neugebildete Gesangsriege nicht das Schicksal der Preßkommission teilt. An Vergnügungen hatten wir das Sommerfest, wobei Kollege Vierhub-Spremberg die Festrede hielt. Die Feier des 40jährigen Bestehens der Gewerkvereine bestand in einem Herrenabend. Hoffen wir, daß das neue Jahr bessere Resultate zeitigt zum Segen der ganzen Arbeiterschaft.

Gustav Spiller, Ortsverbandsschriftführer.

Ortsverband Gera.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden erledigt in 6 Vorstands- und 3 kombinierten Sitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen in Gera und einer solchen in Weida. Vorträge wurden 2 gehalten. Das 40jährige Bestehen der Deutschen Gewerkvereine wurde durch Konzert und Ball gefeiert. — Diskutierabende wurden eingeführt. — Unter Mitwirkung des Ortsvereins der Stuhlarbeiter und des Ortsverbandes wurde eine Besprechung mit Frauen und Mädchen betreffs Gründung eines Ortsvereins eingeleitet, leider hatten wir keinen Erfolg zu verzeichnen.

Der Ortsverband hat im vergangenen Jahre keine Mühe gescheut und wird auch fernerhin seine Schuldigkeit tun. Hoffentlich gelingt es uns, im neuen Jahre auch wieder einen Ortsverein der Holzarbeiter ins Leben zu rufen.

Walter Schmidt, Ortsverbandssekretär.

Ortsverband Liegnitz.

Der Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 7 Vertretersitzungen, 4 Ortsverbandsversammlungen, 4 kombinierten Ausschußsitzungen und einer öffentlichen Gewerkvereinsversammlung. Lebhaft interessiert war der Ortsverband am Anfang des Jahres an der Gründung eines Bezirksverbandes mit den Ortsverbänden Jauer und Haynau, wozu am 17. Mai eine Konferenz in Liegnitz tagte, zu der auch Verbandssekretär Kollege Neustedt erschienen war. Vorträge wurden gehalten vom Kollegen Seitt über „Stadt- und Gemeindewesen", vom Kollegen Renner über „Gewerbegerichte". Am 28. September fand eine öffentliche Gewerkvereinsversammlung statt, in der Kollege Münz Magdeburg über „Die Gewerkvereine und Arbeiterbewegung" sprach. Ein Schreiben an den Magistrat betreffs Arbeitslosigkeit blieb bisher unbeantwortet. Am 3. November fand hier Stadtverordnetenwahl statt, bei der unser Kollege Seibt wieder mit Majorität gewählt wurde, so daß der Verband wieder zwei Vertreter im Stadtparlament hat. Die Zahl der zum Ortsverbande gehörenden Vereine beträgt 10, die 675 Mitglieder haben. Wir sind in das neue Jahr eingetreten mit der Hoffnung, daß die Mitglieder den Ausschuß rege unterstützen durch fleißigen Besuch der Versammlungen und eifrige Agitationstätigkeit. Nur dann wird es möglich sein, daß wir schneller vorwärts gehen.

C. Menzel, Schriftführer.

Ortsverband Zerbst.

Die Geschäfte des Ortsverbandes wurden in 4 Ausschußsitzungen und 5 Ortsverbandsversammlungen erledigt. Der Ortsverband schloß sich, um seinen Mitgliedern auf allen Gebieten belehrende Vorträge zu bieten, der am Orte gebildeten „Freien Vereinigung für Volksbildung" an. Am 15. März war nach Dessau eine Gewerkvereins-Konferenz zwecks Gründung eines Arbeiter-Sekretariats einberufen; auch daran nahm der Ortsverband teil. Einen Vortrag hielt Kollege Krug über seine Tätigkeit im Gemeinderat, die allgemeine Anerkennung fand. Den zweiten Vortrag hielt Kollege Münz-Magdeburg über: „Unsere Stellung zu den konfessionellen Vereinen und zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung". Kollege Münz erledigte sich seiner Aufgabe vortrefflich und fand dafür reichen Beifall. Auf unsere Eingabe zwecks Auslosung von Schöffen wurde ein Kollege berücksichtigt. Am 13. Oktober wurde das 40jährige Bestehen der Gewerkvereine durch eine Festrede des Vorsitzenden, Vorträge, Deklamation und gemeinsame Gesänge gefeiert. Das Fest nahm einen würdigen Verlauf und wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben. Weiter beteiligte sich der Ortsverband im November an den Gemeinderatswahlen. Für die Zukunft dürften uns einige Sitze im Gemeindeparlament sicher sein. Auch an den im Dezember stattgefundenen Vertreterwahlen zur Allgemeinen Ortskrankenkasse beteiligten wir uns mit dem evangelischen Arbeiterverein und den zwei kaufmännischen Vereinen zusammen an der Wahl, und erhielt unsere gemeinsame Liste 230–232 Stimmen, während die „freien" Gewerkschaften 612–617 Stimmen bekamen und somit gewählt waren. Da ihre Listen aber nicht ordnungsgemäß aufgestellt waren, wurden die Stimmen für ungültig und unsere Liste als gewählt erklärt, so daß nun 3 Gewerkvereiner, 1 Mitglied des evangelischen Arbeitervereins und je 1 Mitglied der kaufmännischen Vereine in die Krankenkasse einziehen. In großen und ganzen können wir mit den Erfolgen, welche wir im vergangenen Jahre hatten, zufrieden sein. Wir wünschen nur, daß uns das neue Jahr weiter vorwärts bringen möge.

Friedrich Brandt, Schriftführer.

Ortsverband Ratibor, Ob. Schl.

Die Zeit rastet nicht, unaufhaltsam schreitet sie voran. Wer mit ihr Schritt halten will, darf nicht zögern und ängstlich beiseite stehen. Wenn wir daher heutzutage den uns gebührenden Platz in der Arbeiterbewegung beibehalten und uns nicht von der einmal mühsam errungenen Position verdrängen lassen wollen, dann müssen wir mehr als bisher alle unsere Kräfte einsetzen. Wir haben uns im verflossenen Jahre redlich bemüht, den Ortsverband in die Höhe zu bringen und das Interesse für ihn wachzurufen, leider nicht immer mit dem gewünschten Erfolg. Dies hat uns aber nicht entmutigt. Es sind noch viele Berufe zu gewinnen, worauf zunächst unser ganzes Sinnen und Trachten gerichtet sein muß. Deshalb, Kollegen, richten wir an euch die dringende Bitte, uns im Kampfe für unsere gute Sache zu unterstützen, dann werdet auch ihr mit Befriedigung auf eure Arbeit zurückblicken können.

Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden in 8 Vorstandssitzungen, 6 ordentlichen und 1 außerordentlichen Ortsverbandsversammlung erledigt. In letzterer referierte Verbandssekretär Kollege Neustedt-Berlin über das Thema: „Wirtschaftliche Krisen und ihre Folgen". Im September des Berichtsjahres versuchte der Ortsverband durch eine Eingabe an die zuständige Behörde dieselbe zu veranlassen, auch Arbeiter zu dem Amt eines Schöffen und Geschworenen mit heranzuziehen, aber leider ohne Erfolg. Dieses wird uns nicht abhalten, in diesem Jahre erneut die Sache in die Hand zu nehmen. An der am 15. November tagenden Ortsverbandskonferenz in Gleiwitz nahm ein Vertreter teil.

Neben der ernsten Arbeit hat es sich der Ortsverband nicht nehmen lassen, durch verschiedene Veranstaltungen den Mitgliedern und ihren Angehörigen fröhliche Stunden zu bereiten. Im Juli wurde ein Ausflug unternommen. Dann folgte am 11. Oktober die Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gewerkvereine durch einen Unterhaltungsabend. Diese Veranstaltungen waren stark besucht und verliefen in schönster Harmonie.

Sowie die Tätigkeit im Jahre 1908. Prüfe nun ein jeder Kollege, ob er im vergangenen Jahre seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Wenn nicht, dann wenigstens in diesem Jahre unermüdlich mitgearbeitet an dem Ausbau unserer Organisation! Jeder einzelne Kollege muß seine ganze Kraft dem Gewerkverein zur Verfügung stellen, damit die Arbeit, die zu bewältigen ist, auch den Erfolg zeitigt, den wir erhoffen.

Rastlos mußt du vorwärts streben,
Nie ermüdet stille stehen!

P. Czieslik, Ortsverbandsschriftführer.

Gewerkvereins-Teil.

§ **Gera.** Eine Bezirkskonferenz von Ortsverbänden und Ortsvereinen fand hierselbst am Sonntag, den 17. Januar, statt. Nach einer Begrüßungsrede des Kollegen Magrodt-Schmölln wurde zunächst die Präsenzliste festgestellt, die ergab, daß aus 11 Orten 23 Vereine bezw. Ortsverbände durch 36 Delegierte vertreten waren. Auch zahlreiche Mitglieder, namentlich aus den Ortsvereinen Geras, wohnten den Verhandlungen bei. Mit der Leitung der Verhandlungen wurde Kollege Wagner-Gera betraut, als Schriftführer wurde Kollege Tragsdorf-Schmölln gewählt. Nach Erledigung dieser geschäftlichen Angelegenheiten hielt Herr Weber-Apolda ein Referat über die Presse. Derselbe gab ein klares Bild über den Stand der „Deutschen Gewerkvereins-Zeitung", das eine rege Diskussion hervorrief. Als Ergebnis der Debatte kann man einen Beschluß betrachten, durch den alle anwesenden Vertreter sich verpflichteten, in ihren Vereinen dafür zu sorgen, daß die Tagespresse der Stärke des Vereins entsprechend unterstützt wird. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete ein Vortrag unseres Freundes Kalb-Gera über die „Notwendigkeit der Mitwirkung der Gewerkvereine bei der Weiterentwicklung des Arbeiter- und Volkslebens". Nach einer kurzen Einleitung schilderte der Vortragende die Entstehung und Entwicklung der Gewerkvereine. Sei diese Entwicklung auch langsam vor sich gegangen, so sei dies darauf zurückzuführen, daß wir auf die Anwendung irgend welcher Gewaltmittel verzichtet hätten. Stetig und zielbewußt haben die Gewerkvereine gearbeitet und haben die Genugtuung, daß nicht nur die Gegner sich ihre Einrichtungen zunutze gemacht haben, sondern auch der Staat in seiner Gesetzgebung die Gewerkvereinseinrichtungen nachgeahmt habe. Jetzt stehe eine Witwen- und Waisenversorgung vor der Tür, und vielleicht in nicht mehr allzu ferner Zeit wird man die Arbeiter mit einer Arbeitslosenversicherung beglücken. Aber wenn auch die Gewerkvereine bahnbrechend vor-

gegangen sind, so dürfen sie damit nicht zufrieden sein, sie müssen im Gegenteil alles daran setzen, an den öffentlichen Einrichtungen beteiligt zu werden und dafür zu sorgen, daß diese Einrichtungen so gestaltet werden, daß sie der Arbeiterschaft und dem Gesamtwohl zum Segen gereichen. Das sei aber nur möglich, wenn alle Arbeiter bereit seien, tatkräftig mitzuarbeiten. Der überaus lehrreiche und anregende Vortrag wurde von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Eine lebhafte Diskussion folgte ihm, die recht deutlich zeigte, wie sehr der Vortragende den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. Nach einem längeren Schlußwort des Vortragenden wurde eine im Sinne des Referats und der Diskussion gehaltene Resolution einstimmig angenommen.

Weiter beschloß die Konferenz, daß der gewählte geschäftsführende Ausschuß in seiner bisherigen Zusammensetzung weiter bestehen soll. Als Ort der nächsten Zusammenkunft wurde Jena gewählt. Das Hauptreferat auf der dortigen Konferenz soll die Arbeitslosenversicherung behandeln. Erst um ½8 Uhr konnte die Konferenz nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten geschlossen werden.

E. Tragsdorf, Schriftführer.

§ **Köln a. Rh.** Der Ortsverband der Deutschen Gewerkvereine hielt am Montag, den 25. Januar, seine Vertretersitzung ab. Aus dem Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahme betrug 2547,14 Mk., die Ausgabe 2260,94 Mk., der Bestand 286,20 Mk.; für Bildungszwecke wurden 2081,66 Mk., für Agitation 131,03 Mk., für Verpflegung Durchreisender 48,25 Mk. ausgegeben. Die Aussprache über die Krankenkassen- und Aerztefrage führte zur Annahme folgender Resolution: „Die heutige Vertretersitzung spricht dem Krankenkassenverband in dem Kampfe mit den Aerzten seine Sympathie aus. Sie verpflichtet sich, in den Ortsvereinen für Aufklärung der Mitglieder Sorge zu tragen.“ Auf Beschluß findet am Sonntag, den 7 März, nachmittags 4 Uhr, im Restaurant Martin Weiser, Deutz, Mülheimerstr. 232, eine Ortsverbandsversammlung statt.

Bei dieser Gelegenheit sei gleich darauf hingewiesen, daß die Vertretersitzungen des Ortsverbandes jeden ersten Montag im Restaurant „Vater Kolping“, Elstergasse, abgehalten werden. Pflicht eines jeden gewählten Vertreters ist es, an der Sitzung teilzunehmen, um in der nächsten Ortsvereinsversammlung darüber Bericht erstatten zu können. Auch sei gleichzeitig auf den vom Ortsverband errichteten Diskutierklub aufmerksam gemacht, dessen Sitzungen jeden Mittwoch abend 9 Uhr im Restaurant „Vater Kolping“ stattfinden. Es wäre sehr erwünscht, wenn noch mehr Vorstandsmitglieder daran teilnehmen würden. Ein Uebelstand, der sich nach der Verschmelzung mit dem Ortsverbande Mülheim-Rhein bemerkbar macht, ist der, daß einige Vorstände und deren Vertreter sich noch nicht haben sehen lassen; dies darf nicht zur Gewohnheit werden. Ein Jeder muß an den wichtigen Beratungen teilnehmen und an dem Kampfe ums Dasein sich beteiligen. x.

§ **Lauban.** Am 10. Januar fand unsere Verbandsversammlung für Lauban und Umgegend statt, in der wir uns nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten mit den Aufgaben der Ortsverbände beschäftigten. Zur Besprechung kamen folgende Punkte: Herbergswesen, Arbeitsvermittlung, Unterhaltungsabende, Gewerbegerichtswahlen, Gründung neuer Ortsvereine und Einführung einer Preßkommission. Eine lange Debatte entspann sich namentlich über Gründung einer Arbeitsvermittlungsstelle, die aber nicht für nötig befunden wurde, da hier schon ein unentgeltlicher Arbeitsnachweis besteht. Als bei dieser Gelegenheit auch die finanziellen Verhältnisse erwähnt wurden, zeigte sich sofort die Opferfreudigkeit der Kollegen. Der Vorsitzende der Maschinenbauer teilte mit, daß sie schon in letzter Versammlung beschlossen hätten, pro Mitglied und Monat 5 Pfg. aus eigenen Mitteln der Verbandskasse zuzuführen. Auch Berthelsdorf und die Fabrik- und Handarbeiter Lauban schlossen sich diesem Vorgehen an. Weiter wurde beschlossen, eine Preßkommission zu wählen, um alle Angriffe, welche die gegnerischen Blätter bringen, zurückweisen zu können und auch geeignete Artikel gelegentlich zu veröffentlichen. Die „freien“ Gewerkschaften benutzen hier alle Mittel, um die Arbeiter an sich zu ziehen. Nachdem der Vorsitzende das radiate Vorgehen dieser „Modernen“ gebührend gegeißelt und der Hoffnung Ausdruck gegeben hatte, daß die Arbeiterschaft doch zu der richtigen Erkenntnis kommen und in die Bahnen der Deutschen Gewerkvereine einlenken werde, ermahnte er, tüchtig zu agitieren, damit wir auch in diesem Jahre einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen haben. Unsere Parole soll sein: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“

Gustav Thamm, Schriftführer.

Da der Görlitzer sozialdemokratischen „Volkszeitung“ zeitweise der Stoff fehlen mag, ihre Spalten zu füllen, nahm der übereifrige Berichterstatter die Gelegenheit wahr, unsere letzte Ortsverbandsversammlung zum Gegenstand seiner Kritik zu machen. Wenn aber die zielbewußten Genossen meinen, die Feststellung unserer Mitgliederzahl wäre uns in die Glieder gefahren, dann irren sie sich. Wir leugnen und bemänteln nie Tatsachen, wie es die „Genossen“ selbst mit Vorliebe tun. Die ganze Art erweckt den Anschein, als ob den Herren die beabsichtigte Gründung eines Textilarbeiter-Vereins von seiten der Gewerkvereine in die Knochen gefahren wäre. Denn sonst wären doch die Herren nicht so ins Feuer gegangen, um die Arbeiter zu warnen, ja nicht Gewerkvereiner zu werden. Sie haben nichts Eiligeres zu tun, ihren Textilarbeiter-Verband als den allein seligmachenden anzupreisen. Schrieben nur immer die „Genossen“ den Beitrag und die Leistungen des betreffenden Verbandes dazu, dann würde manchem Arbeiter ein Licht aufgehen. Und an chronischem Mitgliederschwund leiden doch in erster Linie die „freien“ Gewerkschaften. Im Vorjahre haben sie bekanntlich insgesamt 79 432 Mitglieder verloren.

Die Preßkommission.

Verbands-Teil.

An die Ortsverbände!

Nachstehende Ortsverbände haben trotz wiederholter Erinnerung die Adressen der Vorstandsmitglieder noch nicht eingesandt. Wir richten an die interessierten Mitglieder das Ersuchen, dafür zu sorgen, daß auch diese Ortsverbände ihrer Pflicht genügen und die Vorstandsmeldung **umgehend** einsenden.

Es fehlen noch die Ortsverbände: Anklam, Bautzen, Beuthen, Bremerhaven, Cannstatt-Stuttgart, Finsterwalde, Frankfurt a. M., Gevelsberg, Görlitz, Herne, Iserlohn, Kaiserslautern, Karlsruhe, Kiel, Königshütte (Ob.-Schl.), Ladenburg a. N., Leipzig, Lindau i. Bodensee, Memel, Neiße, Neuwied a. Rh., Olbernhau, Plauen, Potsdam, Rybnik, Saarbrücken, Schmölln, Schramberg, Selb, Siegen, Stollberg i. Erzgeb., Stolp, Viersen, Vörde und Worms.

Im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung eines vollständigen Adressenverzeichnisses erwarten wir umgehende Einsendung des Anmeldungformulars.

Berlin, 4. Februar 1909.

Der geschäftsführende Ausschuß.
F. Neustedt, Verbandssekretär.

Versammlungen.

Berlin. Diskutierklub der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkvereine, NO., Greifswalderstraße 221/223 Mittwoch, **10.** Februar, abends 8½ Uhr, Vortrag des Kollegen Jordan über: „Arbeitslosigkeit“. Vollzähliges Erscheinen der Kollegen dringend erwünscht. Gäste herzlich willkommen. — **Gewerkvereins-Liedertafel (H.-D.).** Jeden Donnerstag, abds. 9 bis 11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandshause der Deutschen Gewerkvereine (Grüner Saal). Gäste sind herzl. willkommen. — **Diskutierklub Moabit.** Sitzung jeden Freitag, abends 8½ Uhr, bei Radau, Waldstraße 53. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter XII.** Sonnabend, **6.** Februar, abends 8½ Uhr, bei Osw. Berliner, Brunnenstr. 143 I. T.-O.: Jahresbericht. Monatsbericht. Bericht von der Kombinierten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Mittwoch, **10.** Februar, abds. 8 Uhr, Versammlung b. Funke, Triftstr. 63. Monatsbericht. Vortrag: „Die Alkoholfrage“. Referent: Kunze. — **Bildhauer.** Montag, **8.** Februar, abds. 9 Uhr, Versammlung, Dresdenerstr. 10 bei Preuß.

Leipzig. Deutsche Handelshilfsarbeiter-Vereinigung. Die Versammlungen finden jeden Sonnabend nach dem 1. jedes Monats im Restaurant „Zum letzten Heller“, Lindenau, Lützenerstraße, statt.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4—5½ Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schulte-Mattler, Diskutierstunde. — **Aachen** (Diskutierklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8½ Uhr, Diskutierabend bei Leuchter, Ecke Hansemannplatz u. Jülicherstr. — **Hamburg** (Ortsverb.). Jeden Mittwoch, ab. 8½ Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Poolstr., Diskutierstunde. **Dresden** (Diskutierklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8½ Uhr im Sandlerbräu, Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. — **Hagen u. Umg.** (Diskutierklub). Jetzt jeden Donnerstag, abends Punkt 8½ Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Köln** (Diskutierklub). Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Vater Kolping“, Elstergasse. — **Hamburg** (Diskutierklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg** (Ortsverband). Jeden Montag, abends 8½ bis 10½ Uhr, Diskutierschule bei P. Eisenburger, Wanheimerstraße. — **Mülheim-Ruhr** (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertretersitzung beim Wirt Joh. Möller, Sandstraße 38. — **Cottbus** (Diskutierklub). Sitzung jeden 2. und 4 Dienstag im Monat bei Robel, Berlinerstr. 120. — **Leipzig** (Gewerkvereins-Liedertafel). Die Uebungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind herzlich willkommen. — **Lüdenscheid** (Ortsverband). Jeden 2. Sonntag, nachmittags 5 Uhr, und jeden letzten Mittwoch im Monat, abends 8½ Uhr, Diskutierstunde im Lokale des Herrn Heintzer. — **Weißenfels a. S.** (Gesangsabteilung der Gewerkvereine). Uebungsstunde jeden Dienstag, abends 8½ - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Gesangliebende Gewerkvereinskollegen stets willkommen.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband für die Mitglieder der Deutschen Gewerkvereine und deren Angehörigen in Berlin u. dessen Vororten.

General-Versammlung.

Am Sonntag, den 21. Februar 1909, vormittags 10 Uhr, Greifswalderstr. 221—23.

Tagesordnung:

Kassen- und Revisionsbericht IV. Quartal 1908, Jahresbericht 1908.
Wahl des Vorstandes und der Revisoren.
Festsetzung der Entschädigungen. Geschäftliches.

Der Vorstand.

E. Schlochauer, Vorsitzender. J. A.: H. Körner, Schriftführer.

Geislingen a. St. (Ortsverb.) Durchreisende Verbandsmitglieder erhalten 50 Pfg. bei A. Sapper, Hauptstraße 48.

Hohenmölsen (Ortsverband) Durchreisende Kollegen jeden Berufes erhalten Reiseunterstützung beim Kollegen Kohl, Norostr. 10

Hamburg (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten für 2 Tage Unterstützung. Bons beim Kassierer Sellmann, Hamburg, Großer Bäckergang 11, Haus 5

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer W. Kowalkowski, Thorn, Heiligegeiststr. 7/9.

Schramberg (Ortsverb.). Für durchreisende Kollegen 70 Pfennige Unterstützung zahlt der Kassierer Robert Caenter, Schramberg, Schillerstr. 105.

Lüdenscheid. Der Arbeitsnachweis sowie Ortsverbandsgeschenk befindet sich beim Sekretär Herm. Bartelt, Kölnerstr. 33.

M.-Gladbach-Rheydt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen jedes Berufes erhalten 50 Pfg. Reiseunterstützung im Gewerkvereinsbureau, Ecke Lürriperstr. und Sofienstr. 1, in nächster Nähe des Bahnhofs. Arbeitsvermittlung sowie Auskunft in allen anderen Angelegenheiten, werden kostenlos an jedermann erteilt.

Fahnen, Vereinsabzeichen, Schärpen rc. a. schönsten und billigsten bei
Th. Berkop, Oppeln.

Fidelitas.
Zeitschrift, enth. Lustspiele, Soloszenen, Couplets (mit Musik), kom. Vorträge u. dgl. Monatl. 1 Heft, Halbjährl. 2 Mk., Probeheft enth. 8 Stücke 40 Pfg. franko. Probeband mit 25 Stücken 1 Mk.
C. A. Koch's Verlag, Dresden 14 bg.

Leipzig-West (Ortsverband). Vom 1. Juli ab erhalten durchreisende Gewerkvereinskollegen die Karten für das Ortsverbandsgeschenk bei den Vereinskassierern. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben in „Stadt Hannover“, Leipzig, Seeburgstraße, Gültigkeit.

Haynau i. Schles. (Ortsverb.). Durchreisende Mitglieder erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. ausgezahlt beim Ortsverbandskassierer H. Rolle, Ring Nr. 14.

Bautzen. Durchreisende erh. im Winterhalbjahr 1 Mark und im Sommerhalbjahr vom 1. April bis 1. Oktober 75 Pf. bei E. Serbe, Wendischergraben 34.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkvereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen:

Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Freund. Preis 40 Pfg.
Volks-Wirtschaftslehre von Dr. C. J. Fuchs. Preis 80 Pfg.
Muster zu Anträgen, Klage- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg.
Was muß jeder Versicherte von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg.
Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk.
Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg.
Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfskassengesetz. Preis gebunden 80 Pfg
Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkvereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erschienene Statistiken können ebenfalls noch zu demselben Preise bezogen werden.

Auch alle andern volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen.

Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird.

Geldsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/23.

Das Bureau des Zentralrats.
Rudolf Klein.

Verantwortlicher Redakteur: Leonor Lewin, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23. — Druck und Verlag: Goedecke & Gallinek, Berlin W., Potsdamerstraße 110.